

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden.
Verleger: Carl Neubauer, Dresden.
Verlagsnummer: 25 241.
Preis für Abnehmer: 20 O.H.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 31. August 1924 bei täglicher Zustellung (rei Haus) 1.50 O.H. monatlich.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 3. mal breite Zeile 10 Pfg. für 5 Zeilen, 2. mal für 10 Zeilen, 3. mal für 15 Zeilen, 4. mal für 20 Zeilen, 5. mal für 25 Zeilen, 6. mal für 30 Zeilen, 7. mal für 35 Zeilen, 8. mal für 40 Zeilen, 9. mal für 45 Zeilen, 10. mal für 50 Zeilen, 11. mal für 55 Zeilen, 12. mal für 60 Zeilen, 13. mal für 65 Zeilen, 14. mal für 70 Zeilen, 15. mal für 75 Zeilen, 16. mal für 80 Zeilen, 17. mal für 85 Zeilen, 18. mal für 90 Zeilen, 19. mal für 95 Zeilen, 20. mal für 100 Zeilen.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marie-Str. 38/40.
Druck u. Verlag von Neufuss & Reichardt in Dresden.
Postfach - Konto 1068 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Querschnitts-„Dresdner Nachr.“ zulässig. — Unentgeltliche Entlehnung nur unter nicht-entgeltlicher Bedingung.

Die deutsche Schicksalsfrage im Reichstag.

Stellung der Parteien zur Regierungserklärung.

Die Regierung beabsichtigt Unterzeichnung ohne Anhörung des Reichstags (§ 45 der Verfassung).

Deutscher Reichstag.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
(Fortsetzung des Berichtes aus dem Abendblatt.)

Der sozialdemokratische Abgeordnete und frühere Reichsfinanzminister Dr. **Waser** ergreift das Wort und hebt hervor, daß der Vordrucker manches gesagt habe, das darauf hindeute, daß seine Fraktion sich ablehnend verhält, aber die Frage nach der Haltung bei der Abstimmung selbst habe er nicht berührt. Durch eine Ablehnung würde der Reichstag die öffentliche Meinung der ganzen Welt gegen Deutschland einnehmen und Deutschland isolieren. Der Redner wendet sich dann gegen die Kommunisten, deren Haltung nur den außenpolitischen Interessen der russischen Regierung entspreche. Rußland wolle keinerlei Veröhnung der westeuropäischen Völker. Die Sozialdemokratie wünscht die schnelle Durchführung des Sachverständigenausschusses. Ein Preis aber erwidere ihr für Deutschlands Zustimmung zu hoch.

Der Preis des Bürgerblocks.

Denn er gefährdet das ganze Friedenswerk. Ein Bürgerblock wäre eine politische und wirtschaftliche Gefahr, eine Bürgerblockregierung würde auch die kommenden handelspolitischen Verhandlungen sehr erschweren, denn sie würden im Geiste des Hochschuldenes verhandeln. Der Redner schließt mit dem Wunsch, daß die Reichstagsmehrheit der Reichstag, der die Meinung des Volkes ohnehin nicht mehr widerspiegeln, sofort aufgelöst werden müsse.

Präsident Waltraf erteilt nachträglich Ordnungsrufe an einige Nationalsozialisten, die den Redner mit dem Rufe „Sautude“ beschimpft haben.

Abg. Raas (Zentr.) betont, alle Parteien seien einig in der Auffassung, daß das Londoner Verhandlungsergebnis weder mit den Wünschen, noch den berechtigten Forderungen des deutschen Volkes übereinstimme. Gegenüber der bisherigen Rechtslage seien aber in London zweifellos Verbesserungen erreicht worden. Trotz schwerster Bedenken gegen das Dawes-Gutachten in einzelnen Teilen dürfen seine Freunde die Haltung der Regierung billigen und die Vorlage annehmen.

Dann führte die Kommunistin **Frau Wöhlke** (Mittl. Fraktion) aus, sie zweifle nicht mehr, daß das Sachverständigen-gutachten in Deutschland durchgeführt werde, nachdem so lange die Weltöffentlichkeit dafür gerufen worden sei. Am eifrigsten habe sich dabei der unerschütterliche Kampf der deutschen Bourgeoisie, die Sozialdemokratie, gezeigt. (Weiterfeit.) Die amerikanischen Demokraten und Sozialisten bezeichneten das Gutachten als den größten Wahlsieg der amerikanischen Schwerindustrie. Glauben die deutschen Sozialdemokraten trotz ihrer amtlich behaupteten Altersverfallung daran, daß Macdonald ein Apostel des Friedens sei? Das Dawes-Gutachten mache Deutschland zu einer Kolonie der Entente. Wir kämen jetzt zu dem von Heinrich Heine prophezeiten deutschnationalen Juchthaus, in dem die Deutschnationalen die Mittel, die Sozialdemokraten die Porzellan sind. (Weiterfeit.)

Abg. Dr. Curtius (D. Sp.) bezeichnet eine Ablehnung des Gutachtens für unmöglich. Seine Fraktion werde einstimmig die Regierungsvorlage annehmen. Auch bei seinen Freunden habe das Londoner Ergebnis in vielen Punkten Enttäuschung und Erbitterung hervorgerufen, aber die Reichsregierung habe keine andere Stellung einnehmen können.

Wir betonen dem Ausland gegenüber, daß das Londoner Abkommen kein Abbruch sein kann. Es ist der Delegierten zwar nicht nur gelungen, die Klärungsfrage auf die Tagesordnung zu legen, sondern sogar sie zum Hauptpunkt zu machen. Das Ergebnis ist aber auch nach unserer Auffassung dürftig. Unbefriedigt sind wir vor allem, weil die Klärung erst nach Jahresfrist erfolgt. In der Frage der Klärung der Kölner Zone ist die Regierung nicht ein Tipptischen von ihrem Recht abgewichen.

Die Politik der Deutschnationalen lehne die Deutsche Volkspartei ab. Die sieben Punkte hätten ihren Zweck erfüllt. Man solle keine retrogressive, sondern Zukunftspolitik treiben. Einen Wahlkampf nach Auflösung des Reichstags habe die Volkspartei nicht zu fürchten, aber leider werde die Auflösung von den Sozialdemokraten auch aus parteipolitischen Gründen betrieben. Jedenfalls sei es auch noch sehr zweifelhaft, ob die Neuwahlen die erforderliche Mehrheit bringen. Es komme alles darauf an, die Gesetze jetzt anzunehmen, sonst werde die ganze Infrastruktur des Gutachtens gefährdet. Wir hätten die Pflicht, die Reparationsprovinzen zu befreien und ganz Deutschland dafür einzusetzen zu lassen. Dann würden wir uns erst die Freiheit und den Rhein wiedergewinnen. (Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Abg. Wulle (D. Völkisch): Auch das Sachverständigen-gutachten gehe von der Schuldfrage aus. Die freiwillige Unterzeichnung unter das Gutachten sei geradezu landesverräterisch. Der Kommissar über den deutschen Haushalt sei als der ungekrönte König Deutschlands anzusehen. Der Verzicht auf die Politik der Marx-Regierung müsse endlich ein Ende gemacht werden.

Abg. Erdelenz (Dem.) wirft der Rechten vor, sie treibe eine demagogische Dece. Wie Voltaire in Frankreich, so hätten auch die deutschen Nationalisten abgewirksam. Dann greift der

Reichskanzler Marx

in die Debatte ein. Er bedauert zunächst die Angriffe des Abgeordneten Bergt auf den Reichspräsidenten. Es sei unwahr, daß der Reichspräsident sich von parteipolitischen und parteipolitischen Gründen leiten lasse.

Der Kanzler wendet sich dann gegen den Abgeordneten Wulle und entgegnet ihm, daß die Reichsregierung bei jeder geeigneten Gelegenheit die Kriegsschuldfrage in entschiedener Weise aufgerollt habe. Diese Frage könne aber nicht mit Schlagworten gelöst werden, sondern auf dem Wege streng wissenschaftlicher Forschungen. (Gelächter rechts.) Wulle habe sich nur auf die negative Seite beschränkt, ohne den Weg anzudeuten, was dann geschehen solle, wenn die Vorlagen abgelehnt würden. Die Reichsregierung sei voll und ganz gewillt, das Dawes-Gutachten mit aller Vollmacht und friedfertiger Gefinnung zur Durchführung zu bringen, soweit es in ihrer Möglichkeit liege. Er hoffe, daß der Reichstag sie dabei unterstützen werde.

Der Kanzler stellt dann fest, daß die Nationalsozialisten des besetzten Gebietes die Zustimmung zum Gutachten verlangen haben, und fährt dann fort: Ich lege Wert darauf, unsere Lage vor dem Volke klar und offen darzulegen. Leider ist das deutsche Volk in den letzten Jahren nicht immer vor die wahren Tatsachen gestellt worden. Man hat es mehrfach nicht gewagt, dem Volke den ganzen Ernst der Situation zu zeigen. Durch Konfarenz und Trompetenschmetter hat man das Volk in eine Begeisterung hineingetragen, die sich bald als wenig angebracht erwies. Von den Regierungserklärungen vom Sonnabend ist nicht das Geringste anzunehmen. Ich muß einmal ganz offen erklären: Ich sehe allerdings außerordentlich pessimistisch in die Zukunft, wenn das Gutachten abgelehnt wird und der Londoner Vertrag scheitert. Dann scheint mir allerdings alles aus zu sein. Oder glaubt man, daß in etwa zwei Monaten eine neue Konferenz zustandekommt? In der Frage der Aufräumung kann von einem Unfall keine Rede sein. Die Zustimmung ist erst nach erheblichen Zwischenfällen, zu denen die Klärung der Rheinzone u. a. gehört, erfolgt.

Der Reichskanzler wendet sich dann den Nationalsozialisten vergebende Demagogen vor und ruft damit bei diesen einen tosenden Sturm der Entrüstung hervor. Der Kanzler erklärt weiter, nachdem es mit Mühe dem Reichspräsidenten die Entscheidung ist, wieder die Ruhe herzustellen, daß es die Pflicht der Regierung gewesen sei, die handelspolitischen Fragen in feiner Weise mit der Aufräumung zu verknüpfen. Für den Oktober sei die Aufhebung von Handelsverträgen vorgesehen worden. Wäre dies nicht geschehen, so würde man heute der Regierung sicher Vorwürfe machen. Von der Rechten wird bemerkt, daß man freiwillig unterschrieben habe. Er hätte die Zustimmung im Reichstag sehen müssen, wenn die Regierungsbotschafter mit einem Takt zurückgekommen wären. Wir sind, schloß der Kanzler, bereit, am Sonnabend freiwillig zu unterschreiben, weil wir den Vertrag als den ersten Schritt zur Gesundung des Vaterlandes betrachten.

Abg. Dr. Pflieger (D. Sp.), der nach dem Kanzler das Wort nimmt, erklärt, daß seine Fraktion den Vorlagen notgedrungen zustimme.

Abg. Pflieger fortsetzend: Man könne aber nicht mit Vertrauen in die Zukunft blicken, wenn nicht in der Befahrung der Regierung ein Wandel eintrete. Eine Minderheitsregierung werde immer großen Gefahren ausgesetzt sein.

Als letzter Redner lehnte in temperamentvollen Ausführungen der deutschsozialistische Abgeordnete **Kunze** die Gutachten ab. Ueber einen kommunistischen Antrag, der bereits deutlich den Votum der ausländischen kommunistischen Delegation zeigte und dahin ginge, die Gesetzentwürfe zur ordnungsgemäßen Bearbeitung dem nach der Geschäftsordnung zuständigen Ausschuss zu überweisen, da die Veranlassung im Auswärtigen Amt nicht genüge, entsann sich eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte, in der der kommunistische Antrag als Verschleppungsmanöver bezeichnet wurde, während die Kommunisten behaupteten, daß sie durchaus nicht die von den Sozialdemokraten erhobene Reichsausschüsse verabschieden wollten. Zu einer Abstimmung über den kommunistischen Antrag kam es infolge der Beschluß-unfähigkeit des Hauses nicht mehr.

Nach nahezu zwölfstündiger Sitzung wurde dann, nachdem die erste Lesung der Vorlagen erledigt war, die nächste Sitzung am Dienstag, 11 Uhr, aberaumt mit der Tagesordnung: Zweite Lesung der Gesetzentwürfe zur Ausführung des Sachverständigenausschusses.

Ein Memento des Reichswirtschaftsrats.

Berlin, 25. Aug. Der wirtschaftspolitische und der Finanzausschuss des Reichswirtschaftsrates verabschiedeten heute die Gesetzentwürfe zur Durchführung des Dawes-Gutachtens mit einer Entschließung, in der es heißt: Wir stellen einstimmig fest, daß wesentliche Voraussetzungen, die von den Sachverständigen selbst als unerlässlich für die Durchführbarkeit ihrer Vorschläge bezeichnet wurden, im Londoner Abkommen unerfüllt geblieben sind.

Trotzdem halten die beiden Ausschüsse angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage, namentlich im Hinblick auf die Unhaltbarkeit der Zustände im besetzten Gebiet und auf die sich aus einer Ablehnung des Londoner Abkommens ergebenden schweren Folgen, eine Ablehnung nicht für möglich, und stimmen deshalb der Annahme aus der bestimmten Erwartung an, daß in den Organisationskomitee und bei der Ausführung der einzelnen Bestimmungen der Gesetze und Maßnahmen die Objektivität obwalte, die dem ersten Grundlag des Dawes-Gutachtens die Anpassung der Leistungen an die Leistungsfähigkeit Deutschlands Rechnung trägt.

Die Resolution wurde mit 31 gegen 10 Stimmen angenommen.

Steuerreform oder Steuerbolschewismus?

Von Dr. Paul Kuprecht, Dresden.

In seiner neuen Schrift „Neubau des Deutschen Reiches“ nennt Oswald Spengler, dessen vom Parteistandpunkte losgelösten Ausführungen über unser Steuerwesen auch der Gegner strengste Sachlichkeit zuerkennen wird, unter heutigem System geradezu Steuerbolschewismus. Dieses Urteil, dem fast jeder von uns ohne Besinnen leblich auf Grund praktischer Erfahrungen zustimmen geneigt sein wird, wird auch von einer kritischen Prüfung, die wir mit Spengler vornehmen wollen, durchaus bestätigt.

Wenn wir unter den heutigen Verhältnissen die Steuern als eine Last ansehen, so hat das seine Ursache in der Einstellung der politischen Parteien zur Steuererhebung und in der der Finanzbehörden zur Durchführung der Steuererhebung, und endlich darin, daß unsere Steuererhebung nicht mit der wirtschaftlichen Entwicklung mitgegangen ist.

Zunächst die Parteien! Ihnen macht Spengler vor allen Dingen den Vorwurf, daß ihre Einstellung zur Steuerpolitik ausschließlich oder doch mindestens in der Hauptache von parteipolitischen Gesichtspunkten, anstatt von Rücksichten auf die Wirtschaft bestimmt wird. In erster Reihe kommt es ihnen darauf an, sich bei den Wählern nicht unpopulär zu machen. Deshalb suchen die Parteipolitiker unter der Devise „Gerechte Verteilung der Lasten“ die Steuern von ihren Anhängern abzumähen und den Gegnern anzuhängen.

Wenn wir in Zukunft an einer gerechten Steuererhebung kommen wollen, dann darf für ihre gezielte Regelung nicht mehr bloß die Höhe des Bedarfs bestimmend sein, sondern es müssen vor allem Notwendigkeiten der Wirtschaft ohne Rücksicht auf die heute noch mitleidete Wählerkraft gewahrt werden.

Nicht geringer wie die Schuld der Parteien an den verfahrenen heutigen Steuerverhältnissen ist die der Finanzbehörden. Hier gibt es — wie Spengler sehr treffend sagt, eine Schicht von Sachverständigen und Beamten, die das praktische Wirtschaftsleben nicht aus eigener Erfahrung kennen und unter Mißverständnissen des Sinnes staatlicher Doppelrechte sich auf den Defizitstandpunkt beschränken: den Eingang eines gewissen Betrages zu sichern, ohne die Verantwortung für die wirtschaftlichen Folgen zu übernehmen und diese auch nur zu durchdenken, weil dies die Sache eines anderen Ministeriums ist.“

Daß diese Behauptungen den Nagel auf den Kopf treffen, kann kaum bestritten werden, hat doch jeder von uns den Eindruck, daß sich die Finanzbehörden immer nur bemühen, hohe Steuersummen einzubringen und die Mittel zur Erreichung dieses Zweckes zu vervollkommen, dabei aber nicht dem Zusammenhang zwischen Steuererhebung und Wirtschaft genügend Rechnung tragen. Wenn unsere Finanzbehörden von der obersten bis den untersten Stellen sich in letzterem Sinne einstellten, dann würden die Mängel des heutigen Steuerwesens in der Praxis wesentlich gemildert werden und dem Staatsbedanken im Volke weniger Abbruch geschehen, als es heute der Fall ist.

Daß das heutige Steuerwesen auf die Dauer unhaltbar ist, ergibt sich nach Spengler auch noch daraus, daß es im wesentlichen auf den Lehren Rousseaus beruht und sich nicht den seitdem vor sich gegangenen gewaltigen wirtschaftlichen Umwälzungen angepaßt hat. Rousseau stellt den rohen, nur auf Ertrag gerichteten Methoden der Steuerpäpster und Einknehmer des 18. Jahrhunderts den Begriff der angeborenen Menschenrechte entgegen, der auf der Vorstellung vom Staat als einem freien Gesellschaftsvertrage beruht. Es erscheint infolge dieser Auffassung als Pflicht des einzelnen Bürgers und gehört zu seiner Menschenwürde, seinen Anteil an den Lasten des Ganzen persönlich abzugeben und abzuführen.

Auf diese Weise wurde eine Verwaltungsanordnung zu einer Frage der Weltanschauung erhoben. Ganz besonders wurde der Gedanke von der Demokratie aufgegriffen, der auch untreulich zweckmäßig war, solange die einfachen Wirtschaftsformen der Revolution herrschten. Als aber das Aufkommen des Aktienwesens und die Durchbildung des Aktienrechts die persönlichen Beziehungen zwischen den Werken, deren Leitung und ihren Besitzern und zwischen letzteren untereinander aufhoben und als die modernen Verkehrsmittel es ermöglichten, den Besitz von Aktien und Wertpapieren täglich und stündlich nicht nur von einer anderen Person, sondern auch von einem Lande zum anderen zu verchieben, verlor diese Art der Besteuerung ihren Sinn. Abgesehen davon, daß dadurch die Kontrolle des Vermögens und Einkommens des Einzelnen immer schwerer durchführbar wurde, schwand auch immer mehr die Auffassung, daß es ein Menschenrecht des Staatsbürgers sei, Gewinne zu versteuern, die er auf einem für die Steuerbehörde nicht erkennbaren Wege gemacht hatte. Weil sich unsere heutige Steuererhebung dieser Erkenntnis vollständig verschlossen hat, suchte sie diesen Schwierigkeiten in der Durchführung mit dem Volksgewalt entgegenzutreten. Man hat unter Staatswesen das freiche der Welt genannt. Dies mag eine papierenre Berechtigung haben, wenn man von unserer Verfassung ausgeht. Das Bild verchiebt sich aber sofort bei näherer Betrachtung der Reichsabgabenordnung. Sie hebt nämlich fast alle der uns von der Verfassung gewährten Rechte und Freiheiten an-